

Alte und neue Sezessionen

Autor(en): **Hoffmann, Christian P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **97 (2017)**

Heft 1051

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-736594>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

FREIE SICHT

Alte und neue Sezessionen

Die unverhältnismässige Reaktion der spanischen Zentralregierung auf das ohnehin ungültige Referendum zur Unabhängigkeit Kataloniens hat sie einmal mehr auf die Agenda gesetzt: die Sezession. Man kann es nicht anders sagen: Sezession ist «in». Eben noch schaute die Welt gebannt auf die Abstimmung der Schotten zur Abspaltung von Restbritannien. Dann spaltete sich gleich ganz Grossbritannien von der EU ab – was wiederum die Schotten zum «Scexit» anhalten könnte. Fast zeitgleich zum turbulenten «Calexit»-Votum in Spanien stimmten die nordirakischen Kurden für eine Trennung von Restirak, ebenfalls begleitet durch Säbelrasseln der Zentralisten. Dabei fällt auf: die aktuelle Sezessionswelle ist altmodischen Denkmustern verhaftet – ihr Leitbild ist der ethnische Nationalismus. Hier wünschen sich Volksstämme ihren eigenen Nationalstaat. Aus liberaler Sicht ist daran allenfalls der Wunsch sympathisch, nicht durch andere majorisiert zu werden. Dieser Widerwille brachte stets auch das freiheitliche Herz der Schweiz zum Schlagen.

Und doch scheint mir die spannendere Form der Sezession jenseits des Atlantiks in Gang zu kommen. «Calexit» nennt man dort die Idee, Kalifornien von den USA abzuspalten. Der Grund: die Kalifornier wissen so gar nichts mit Präsident Trump anzufangen. Eine Sezession also, die nicht ethnisch-kulturell begründet ist, sondern politisch. Diese Form der Sezession kann Zukunft haben. Denn eine Studie des Pew Research Center ergab jüngst, dass konservative US-Bürger vermehrt in konservative Gegenden ziehen, linke Bürger dagegen in linke. Dieser Hang zur politischen Homogenität fördert den Dissens und am Ende die Desintegration.

Politökonomisch überrascht dies nicht: es ist effizient, politische Präferenzen geographisch zu konzentrieren und politisch zu desintegrieren. Der Bürger sucht sich dann die ihm passende Regierung. Das Ergebnis: Wahlfreiheit und Wettbewerb, nicht Nationalismus. In diesem Sinne wünscht sich der liberale Freund des Kleinstaats: Calexit statt Calexit!

Christian P. Hoffmann

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich.

RES PUBLICA

Freiwillige vor

«Böse Konzerne, gute Konsumenten?» war der Titel einer Veranstaltung, die ich kürzlich moderierte. Anlass war die Konzernverantwortungsinitiative, die mehr Transparenz und Verantwortung von Unternehmen fordert, die im Ausland produzieren (lassen).

Die Initiative sieht eine Sorgfaltsprüfungspflicht vor, die Unternehmen dazu verpflichtet, allfällige Umwelt- oder Menschenrechtsverletzungen aufzudecken, Massnahmen dagegen zu ergreifen und darüber in einem Rechenschaftsbericht öffentlich Auskunft zu geben. Wer diese Sorgfaltsprüfungspflicht nicht einhält, soll in der Schweiz für die Geschäftsbeziehungen im Ausland haftbar gemacht werden können.

Die Wirtschaftsvertreter plädierten in der von mir geführten Runde für die Freiwilligkeit jeglicher Massnahmen. Die Diskussion geriet sehr emotional – vielleicht nicht ganz ohne Grund. Denn die Chancen, dass die Initiative im Volk zumindest auf Sympathien stösst, sind intakt. Die Währung der NGO, die die Initiative lancierten, ist der öffentliche Druck. Wie lange noch kann es sich die Schweiz leisten, internationale Unternehmen hier operieren und Steuern zahlen zu lassen, die im Ausland katastrophale Arbeitsbedingungen tolerieren?

Die Zeiten ändern sich heute schneller als auch schon, denken wir beispielsweise ans Bankgeheimnis, das noch vor wenigen Jahren als unantastbar galt. Konsumentinnen und Konsumenten wollen beim Einkaufen vertrauen können – und nehmen dafür auch höhere Preise in Kauf, man sieht es am wachsenden Markt von Bioprodukten.

Einzig bei der Haftungsfrage mussten selbst die Befürworter auf dem Podium einräumen, dass diese wohl zu weit ginge. Eine ideale Voraussetzung also, um einen Gegenvorschlag zu lancieren, der die Haftung ausklammert, aber die Sorgfaltsprüfung aufnimmt, so wie sie auch die UNO-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte verlangen. Denn Transparenz, so beweisen Studien, wirkt oft bereits Wunder. Es wäre zu hoffen, dass hiesige Wirtschaftsverbände mit mehr Ideenreichtum aufwarten würden, statt abzu-blocken. Abzuwarten, bis der Druck von aussen zu gross wird, hat mit Freiwilligkeit nämlich wenig zu tun.

Nadine Jürgensen

ist Juristin, freie Journalistin und Moderatorin. In ihrer Kolumne «Res publica» beschäftigt sie sich jeweils mit den Debatten des letzten Monats. Sie lebt bei Zürich.